

2



Datenschutzbeauftragte



ULD



Unabhängiges Landeszentrum für
Datenschutz Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	2
2.	Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten	2
2.1	Verantwortliche und Auftragsverarbeiter	2
2.2	Verpflichtende Benennung bei öffentlichen Stellen	3
2.3	Benennung aufgrund von Überwachungstätigkeiten	4
2.4	Umfangreiche Verarbeitung von Daten nach Art. 9 und 10 DSGVO ..	5
2.5	Weitere Benennungstatbestände nach dem BDSG n. F.	6
2.6	Interne und externe Datenschutzbeauftragte	7
2.7	Zeitpunkt und Verpflichtung zur Veröffentlichung und Mitteilung an die Aufsichtsbehörde	7
2.8	Juristische Personen als Beauftragte?	8
2.9	Öffentliche Stellen, für die das BDSG n. F. teilweise gilt	10
3.	Stellung der oder des Datenschutzbeauftragten	10
4.	Aufgaben	12
5.	Nachweispflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	13
	Kontakt	15
	Broschüren zu weiteren Themen	15

Impressum:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD)

Holstenstraße 98, 24103 Kiel

<https://www.datenschutzzentrum.de/>

Umschlaggestaltung: ULD, unter Verwendung eines Fotos von
089photoshootings / pixabay.com

Die folgende Darstellung ist nicht abschließend. Es werden einige wesentliche Fragestellungen behandelt.

Stand: Mai 2018

1. Einleitung

Seit vielen Jahren gibt es in Deutschland betriebliche Datenschutzbeauftragte in Unternehmen. Auch haben öffentliche Stellen oft behördliche Datenschutzbeauftragte. Die Rolle der betrieblichen und behördlichen Datenschutzbeauftragten besteht insbesondere darin, als Ansprechperson für alle Fragen des Datenschutzes zur Verfügung zu stehen, die Leitung – die für die Einhaltung des Datenschutzrechts verantwortlich ist – zu beraten, Ansprechpartner für Beschäftigte in Datenschutzfragen zu sein sowie Anfragen von betroffenen Personen zu bearbeiten. Damit leisten sie eine wertvolle Arbeit für ein gutes Datenschutzniveau.

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) führt das Konzept der Datenschutzbeauftragten, das bisher nicht in allen Mitgliedstaaten üblich war, flächendeckend in Europa ein. Im Folgenden wird beschrieben, welche Anforderungen an Verantwortliche und Auftragsverarbeiter die DSGVO sowie das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG n. F.) bezüglich der Datenschutzbeauftragten stellen und was zu beachten ist.

2. Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten

2.1 Verantwortliche und Auftragsverarbeiter

Die Vorgaben zur Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten nach Art. 37 DSGVO gelten für Verantwortliche (Art. 4 Nr. 7 DSGVO) und ebenso für Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO). Dies gilt unabhängig davon, ob eine öffentliche oder nichtöffentliche Stelle tätig wird.

Auftragsverarbeiter können auch selbst Verantwortliche sein, soweit sie eigenständig, außerhalb ihres Auftrags, personenbezogene Daten verarbeiten. Dies gilt etwa für die Verarbeitung von Personaldaten eigener Beschäftigter oder für die Überwachung der eigenen Räume im Unternehmen mit Videokameras. Eine Ver-

pflichtung zur Benennung kann sich für die Auftragsverarbeiter damit künftig aus zwei Blickwinkeln ergeben: für ihre Tätigkeit als Auftragsverarbeiter und für ihre Datenverarbeitung für eigene Verarbeitungszwecke als Verantwortliche.

2.2 Verpflichtende Benennung bei öffentlichen Stellen

Gemäß Art. 37 Abs. 1 Buchst. a DSGVO benennen Verantwortliche und Auftragsverarbeiter auf jeden Fall eine Datenschutzbeauftragte oder einen Datenschutzbeauftragten, wenn die Verarbeitung von einer Behörde oder öffentlichen Stelle durchgeführt wird, mit Ausnahme von Gerichten, die im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit handeln. Öffentliche Stellen in Schleswig-Holstein sind nach Maßgabe von § 2 Abs. 1 Satz 2 LDSG-E¹ Behörden und sonstige öffentliche Stellen der im Landesverwaltungsgesetz (LVwG) genannten Träger öffentlicher Verwaltung. Damit ist die Benennung einer oder eines (behördlichen) Datenschutzbeauftragten für die genannten öffentlichen Stellen zwingend.

Unter Berücksichtigung ihrer **Organisationsstruktur und ihrer Größe** kann für mehrere Behörden oder öffentlichen Stellen eine gemeinsame Datenschutzbeauftragte oder ein gemeinsamer Datenschutzbeauftragter benannt werden, Art. 37 Abs. 3 DSGVO. Die Vorschrift privilegiert vor allem untere Landesbehörden in Schleswig-Holstein. Denkbar ist etwa, dass mehrere kleinere Kommunen eine(n) gemeinsamen Datenschutzbeauftragten benennen. Allerdings ist darauf zu achten, dass die oder der Datenschutzbeauftragte bei allen Stellen, die diesen gemeinsam benennen, die Aufgaben auch wahrnehmen kann. Dies ist nicht mehr der Fall, wenn die Zeitanteile für eine benennende Stelle so gering werden, dass eine ernsthafte Wahrnehmung der Aufgaben nicht mehr erwartet werden kann. So wäre z. B. die Benennung einer oder eines ge-

¹ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Broschüre ist das Landesdatenschutzgesetz (LDSG) Schleswig-Holstein noch nicht verabschiedet. Ein Entwurf findet sich in der LT-Drs. 19/429.

meinsamen Datenschutzbeauftragten für einen Kreis und sämtliche kreisangehörigen Ämter nicht mehr von der Privilegierung nach Art. 37 Abs. 3 DSGVO erfasst. Ebenso könnte etwa die Benennung einer oder eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten für mehrere kreisfreie Städte oder Kreise nicht auf Art. 37 Abs. 3 DSGVO gestützt werden.

Soweit es sich um **beliehene Unternehmen** handelt (§ 24 Landesverwaltungsgesetz – LVwG), werden natürlichen oder juristischen Personen des Privatrechts sowie nichtrechtsfähigen Vereinigungen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung zur Erledigung in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes übertragen. In diesem Kontext nehmen die Beliehenen hoheitliche Aufgaben wahr und werden wie eine öffentliche Stelle behandelt. Nach Art. 37 Abs. 1 Buchst. a DSGVO besteht für jede öffentliche Stelle – unabhängig davon, wie viele Personen automatisiert personenbezogene Daten dort verarbeiten – eine Benennungspflicht für einen Datenschutzbeauftragten. Dies trifft dann auch auf beliehene Unternehmen zu.

2.3 Benennung aufgrund von Überwachungstätigkeiten

Nach Art. 37 Abs. 1 Buchst. b DSGVO benennen der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter auf jeden Fall eine oder einen Datenschutzbeauftragten, wenn die Kerntätigkeit des Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters in der Durchführung von Verarbeitungsvorgängen besteht, die aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs und/oder ihrer Zwecke eine umfangreiche regelmäßige und systematische Überwachung² von betroffenen Personen erforderlich machen. Die Haupttätigkeit der jeweiligen Stelle muss auf die **Überwachung** natürlicher Personen gerichtet sein, was nach ErwGr 24 DSGVO etwa für das Nachvollziehen von Internetaktivitäten und die Erstellung von Profilen angenommen werden kann. In

² Im „Englischen: „monitoring“, teilweise in der DSGVO auch als „Beobachtung“ übersetzt.

Betracht kommt z. B. der Betrieb eines Telekommunikationsnetzes, die Bereitstellung von Telekommunikationsdienstleistungen und die Bildung von Profilen und das Scoring zur Bewertung von Risiken.

2.4 Umfangreiche Verarbeitung von Daten nach Art. 9 und 10 DSGVO

Der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter müssen nach Art. 37 Abs. 1 Buchst. c DSGVO auf jeden Fall eine Datenschutzbeauftragte oder einen Datenschutzbeauftragten benennen, wenn die Kerntätigkeit des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters in der umfangreichen Verarbeitung besonderer Kategorien von Daten gemäß Art. 9 DSGVO oder von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten gemäß Art. 10 DSGVO besteht. Zu den Datenkategorien nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO zählen **insbesondere Gesundheitsdaten** (Art. 4 Nr. 15 DSGVO). Eine **umfangreiche Verarbeitung** kann nach ErwGr 91 Satz 1 DSGVO gegeben sein, wenn große Mengen personenbezogener Daten auf regionaler, nationaler oder supranationaler Ebene verarbeitet werden, eine große Anzahl von Personen betroffen ist und aufgrund der Sensibilität der Daten ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten betroffener Personen besteht. Bei der Beurteilung einer umfangreichen Verarbeitung sollte auch berücksichtigt werden, wie viele Datensätze verarbeitet werden, ob eine Vielzahl an Verarbeitungsvorgängen und eine hohe Anzahl an Verantwortlichen und/oder Auftragsverarbeitern an der Datenverarbeitung beteiligt ist und welche geografische Reichweite die Datenverarbeitung hat. Kliniken und Abrechnungsdienste nehmen vor diesem Hintergrund regelmäßig eine umfangreiche Verarbeitung von Gesundheitsdaten vor. Bei Herstellern von medizinischen Hilfsmitteln wird die Annahme einer umfangreichen Verarbeitung von Gesundheitsdaten regelmäßig ausscheiden.

Bei Ärzt(inn)en, Apotheker(inne)n oder sonstigen Angehörigen eines Gesundheitsberufs, die alleine tätig sind oder die sich zu mehreren in einer Berufsausübungsgemeinschaft (Praxisgemeinschaft) bzw. Gemeinschaftspraxis zusammengeschlossen haben oder die ihrerseits weitere Angehörige eines Gesundheitsberufs beschäftigen, ist in der Regel nicht von einer umfangreichen Verarbeitung besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten im Sinne von Art. 37 Abs. 1 Buchst. c DSGVO auszugehen, wenn weniger als 10 Personen mit der Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind. In diesen Fällen ist nur in außergewöhnlichen Konstellationen eine Datenschutzbeauftragte oder ein Datenschutzbeauftragter zu bestellen, z. B. wenn eine außerordentlich große Menge von Gesundheitsdaten verarbeitet wird oder wenn aufgrund der Art und Weise der Verarbeitung ein hohes Risiko bei der Verarbeitung besteht. In solchen Fällen besteht die Pflicht zur Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung und damit nach § 38 BDSG auch die Pflicht, eine Datenschutzbeauftragte oder einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen (dazu sogleich).

2.5 Weitere Benennungstatbestände nach dem BDSG n. F.

Nach Art. 37 Abs. 4 DSGVO i. V. m. § 38 Abs. 1 BDSG n. F. gelten für nichtöffentliche Stellen weitere Benennungstatbestände. Datenschutzbeauftragte sind vom Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter zu benennen, soweit dort in der Regel **mindestens 10 Personen** ständig (d. h. nicht nur gelegentlich) mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind. Insbesondere Vollzeit- und Teilzeitkräfte, befristet Beschäftigte, Praktikanten und Auszubildende sind mitzuzählen. Erfasst werden etwa Personen, die in der Lohnbuchhaltung, der Personalabteilung, im Vertrieb/Vertragsmanagement oder im Marketingbereich tätig sind und dabei mit den Daten natürlicher Personen (vor allem Kunden oder Beschäftigte) Umgang haben. Monteure, denen Na-

men und Anschriften von Kunden zur Ausführung eines Auftrags in Form einer Liste ausgehändigt oder auf das Smartphone gesandt werden sind nicht mit zu zählen.

Unabhängig von der Personenzahl ist die Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten darüber hinaus verpflichtend, wenn die beabsichtigten Verarbeitungen einer Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art. 35 DSGVO bedürfen (s. o.) oder wenn personenbezogene Daten geschäftsmäßig zum Zweck der Übermittlung, der anonymisierten Übermittlung oder für Zwecke der Markt- oder Meinungsforschung verarbeitet werden.

2.6 Interne und externe Datenschutzbeauftragte

Nach Art. 37 Abs. 6 DSGVO kann der Datenschutzbeauftragte Beschäftigter des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters sein oder seine Aufgaben aufgrund eines Dienstleistungsvertrags erfüllen. Für nichtöffentliche und **auch für öffentliche Stellen** besteht damit die Möglichkeit, auch eine externe Person zu benennen.

2.7 Zeitpunkt und Verpflichtung zur Veröffentlichung und Mitteilung an die Aufsichtsbehörde

Sobald ein Benennungstatbestand erfüllt ist wird, entsteht eine Benennungspflicht. Nach Art. 37 Abs. 7 DSGVO veröffentlicht der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter die **Kontaktdaten der oder des Datenschutzbeauftragten** (z. B. im Webauftritt des Unternehmens) und teilt diese der Aufsichtsbehörde mit. Insbesondere durch die Mitteilung der Benennung gegenüber der Aufsichtsbehörde signalisieren der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter, dass sie ihrer Verpflichtung zur Benennung nachgekommen sind. Ebenso sind **personelle Änderungen** in Bezug auf die Position der oder des Datenschutzbeauftragten umgehend der Aufsichtsbehörde mitzuteilen. Die jeweiligen Zeitpunkte der

Mitteilungen werden von der Aufsichtsbehörde dokumentiert. Nichtöffentliche und öffentliche Stellen müssen eine lückenlose Historie der Benennungen ihrer Datenschutzbeauftragten vorweisen können. Ohne eine entsprechende Mitteilung bestehen für die Aufsichtsbehörde konkrete Anhaltspunkte dafür, dass es bei der jeweiligen Stelle **keine Datenschutzbeauftragte und keinen Datenschutzbeauftragten gibt**. Wird die Benennungspflicht verletzt, können nach Art. 83 Abs. 4 Buchst. a DSGVO für nichtöffentliche Stellen Bußgelder verhängt werden.

2.8 Juristische Personen als Beauftragte?

Für die Benennung kommen ausschließlich natürliche Personen als Datenschutzbeauftragte in Betracht.

Die Art. 29 Datenschutzgruppe geht in Auslegung von Art. 37 Abs. 6 DSGVO davon aus³, dass der Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter mit einem Dritten (natürliche oder juristische Person) einen Dienstleistungsvertrag schließen kann. Dieser Dienstleistungsvertrag hat aber nicht die Benennung des Dritten selbst als Datenschutzbeauftragten zum Gegenstand. Vielmehr soll der Dienstleistungsvertrag vorsehen, welche natürliche(n) Person(en) allein oder als „Team“ die „Funktion des Datenschutzbeauftragten“ übernehmen sollen. Für diese einzelnen natürlichen Personen dürfen nach Auffassung der Art. 29 Datenschutzgruppe wiederum keine Interessenkonflikte bei der Wahrnehmung von Aufgaben für einen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter bestehen. Der zugrunde liegende Dienstleistungsvertrag soll nicht ohne weiteres vom Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter gekündigt werden können. Schließlich komme den natürlichen Personen, die auf Grundlage des Dienstleistungsvertrags „die Funktion des Datenschutzbeauftragten“ wahrnehmen eine Art arbeitsrechtlicher Kündigungsschutz zu, indem diese vor „ungerechtfertigte Entlassun-

³ Working Paper 243, S. 14 und 27

gen“ durch den Dritten geschützt seien. Daraus folgt: Durch die Art. 29 Datenschutzgruppe wird nicht die Aussage getroffen, dass juristische Personen selbst als Datenschutzbeauftragte benannt werden können. Es wird lediglich die Konstellation dargestellt, in welcher (z. B.) eine juristische Person mit dem Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter einen Dienstleistungsvertrag schließt. Diese juristische Person beschäftigt bzw. beauftragt wiederum natürliche Personen, welche letztlich die Funktion eines Datenschutzbeauftragten für den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter wahrnehmen sollen.

Der Datenschutzbeauftragte wird nach Art. 37 Abs. 5 DSGVO u. a. auf der Grundlage seiner beruflichen Qualifikation und insbesondere des Fachwissens benannt, das er auf dem Gebiet des Datenschutzrechts und der Datenschutzpraxis besitzt. Ferner kann der Datenschutzbeauftragte nach Art. 37 Abs. 6 DSGVO Beschäftigter des Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters sein oder seine Aufgaben auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags erfüllen. Die besseren Argumente sprechen für die ausschließliche Benennung natürlicher Personen. Insbesondere das Abstellen auf eine berufliche Qualifikation legt den Schluss nahe, dass die erforderliche Befähigung im Rahmen einer Berufsausbildung bzw. eines Studiums erworben wurden, was nur durch natürliche Personen erfolgen kann. Art. 37 Abs. 6 DSGVO stellt auf einen Beschäftigtenstatus ab – entweder als interner oder externer Datenschutzbeauftragter auf Basis eines Dienstleistungsvertrags. Es bleibt aber auch möglich, dass der externe Datenschutzbeauftragte als natürliche Person selbst einen Dienstleistungsvertrag mit dem Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter schließt.

Die Vorgaben des BDSG n. F. können bekanntlich nicht zur Auslegung der DSGVO herangezogen werden. Unabhängig davon lassen sich auch bei der Berücksichtigung dieser Vorgaben gute Argumente dafür finden, dass ausschließlich natürliche Personen benannt werden können. Hierfür spricht etwa die Anwendung

arbeitsrechtlicher Kündigungsregeln nach § 38 Abs. 2 BDSG n. F. i. V. m. § 6 Abs. 4 BDSG n. F. Weiterhin spricht auch die Zubilligung eines Zeugnisverweigerungsrechts gegenüber dem Datenschutzbeauftragten unter den Voraussetzungen des § 38 Abs. 2 BDSG n. F. i. V. m. § 6 Abs. 6 BDSG n. F. für diese Auffassung.

2.9 Öffentliche Stellen, für die das BDSG n. F. teilweise gilt

Gemäß § 2 Abs. 3 LDSG-E finden die Vorschriften des LDSG keine Anwendung, soweit öffentliche Stellen in Schleswig-Holstein am Wettbewerb teilnehmen und personenbezogene Daten zu wirtschaftlichen Zwecken oder Zielen verarbeiten. Insoweit finden die für nichtöffentliche Stellen geltenden Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes Anwendung. Nicht zu wirtschaftlichen Zwecken oder Zielen werden öffentliche Stellen insbesondere dann tätig, wenn diese ihre eigenen Personaldaten verarbeiten. Für diesen Bereich gelten die Vorschriften des LDSG. Die Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten erfolgt hier durch die Vorgabe in Art. 37 Abs. 1 Buchst. a DSGVO. Wirtschaftliche Zwecke verfolgen teilweise etwa die öffentlich-rechtlich organisierten Sparkassen, soweit diese Dienste gegenüber ihren Kunden anbieten. Für diesen Bereich gelten die Vorschriften des BDSG n.F. Es sprechen keine Gründe dagegen, in solchen Fällen der oder dem Datenschutzbeauftragten beide Verarbeitungsbereiche (Anwendungsbereich des LDSG und des BDSG) zuzuweisen und dies bei der Benennung klarzustellen.

3. Stellung der oder des Datenschutzbeauftragten

Verantwortliche und Auftragsverarbeiter gewährleisten nach Art. 38 Abs. 1 DSGVO eine ordnungsgemäße und **frühzeitige Einbindung** der oder des Datenschutzbeauftragten in alle mit dem Schutz personenbezogener Daten zusammenhängende Fragen. Hierzu zählt etwa, dass eine Einbeziehung bei der Gestaltung von

Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen, vor der Auswahl eines Auftragsverarbeiters (Art. 28 Abs. 1 DSGVO) sowie vor dem Einsatz neuer Verarbeitungstätigkeiten und neuen Verarbeitungsvorgängen erfolgt.

Verantwortliche und Auftragsverarbeiter unterstützen die oder den Datenschutzbeauftragten bei der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben nach Art. 39 DSGVO, indem sie die für die Erfüllung dieser Aufgaben **erforderlichen Ressourcen** und den Zugang zu personenbezogenen Daten und Verarbeitungsvorgängen sowie die zur Erhaltung seines Fachwissens erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, Art. 38 Abs. 2 DSGVO. Insbesondere unter Berücksichtigung von Größe und Organisationsstruktur der jeweiligen Stellen, dem Umfang der Datenverarbeitung sowie der Komplexität der Verarbeitungstätigkeiten und -vorgänge sind angemessene technische und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Zur Erhaltung des Fachwissens sollten der oder dem Datenschutzbeauftragten regelmäßig **Fortbildungen** gewährt werden.

Ferner stellen Verantwortliche und Auftragsverarbeiter nach Art. 38 Abs. 3 DSGVO sicher, dass die oder der Datenschutzbeauftragte bei der Erfüllung der Aufgaben keine Anweisungen erhält (Art. 38 Abs. 3 DSGVO), und im Falle, dass diese Person auch andere Aufgaben und Pflichten wahrnimmt, kein **Interessenkonflikt** entsteht, Art. 38 Abs. 6 DSGVO). Interessenkonflikte sind etwa gegeben, wenn die oder der Datenschutzbeauftragte zugleich als Geschäftsführer(in), Leiter(in) der IT-Abteilung oder Leiter(in) der Marketingabteilung des Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters tätig ist.

Die Benennung von Verwandten oder Ehepartnern als Datenschutzbeauftragte ist im Grundsatz kritisch zu bewerten, zumal ihnen in Straf- und Zivilverfahren Zeugnisverweigerungsrechte zustehen können. Deren Tätigkeit als Datenschutzbeauftragte ist aber nicht generell ausgeschlossen, soweit die eingesetzten Personen insbesondere ihre Aufgaben weisungsfrei ausüben können.

Ferner dürfen die Verwandten und Ehepartner als Datenschutzbeauftragte keine Leitungspositionen beim Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter übernehmen.

Die oder der Datenschutzbeauftragte ist nach Art. 38 Abs. 5 DSGVO nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben an die Wahrung der Geheimhaltung oder der **Vertraulichkeit** gebunden. Gemäß § 203 Abs. 4 Satz 1 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart, das ihm bei der Ausübung oder bei Gelegenheit seiner Tätigkeit als mitwirkende Person oder als bei den in § 203 Abs. 1 und 2 StGB genannten Personen (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater, staatlich anerkannte Sozialarbeiter oder staatlich anerkannte Sozialpädagogen, Amtsträger) tätiger Datenschutzbeauftragter bekannt geworden ist.

4. Aufgaben

Die oder der Datenschutzbeauftragte nimmt eine **Unterrichtungs- und Beratungsfunktion** gegenüber dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter und gegenüber den Beschäftigten, die Verarbeitungen durchführen, nach Art. 39 Abs. 1 Buchst. a DSGVO wahr. Betroffene Personen **wie Kund(inn)en oder Beschäftigte** können den Datenschutzbeauftragten zu allen mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß der DSGVO im Zusammenhang stehenden Fragen zu Rate ziehen, Art. 38 Abs. 4 DSGVO.

Die **Überwachungsfunktion** der oder des Datenschutzbeauftragten bezieht sich nach Art. 39 Abs. 1 Buchst. b DSGVO auf die Einhaltung der DSGVO, die Einhaltung anderer Vorschriften in der Union bzw. der Mitgliedstaaten, auf die Strategien des Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters für den Schutz personenbezogener

ner Daten einschließlich der Zuweisung von Zuständigkeiten, auf die Sensibilisierung und Schulung der an den Verarbeitungsvorgängen beteiligten Beschäftigten und der diesbezüglichen Überprüfungen. Die oder der Datenschutzbeauftragte hat folglich nicht selbst die Verpflichtung, etwa **Schulungen und Sensibilisierungen** durchzuführen. Sie oder er überwacht nur die Erfüllung der entsprechenden Schulungs- und Sensibilisierungsverpflichtungen. Für die Praxis spricht aber nichts dagegen, wenn die oder der Datenschutzbeauftragte ebenfalls Schulungen für die Beschäftigten durchführt.

Im Zusammenhang mit einer Datenschutz-Folgenabschätzung nimmt die oder der Datenschutzbeauftragte auf Anfrage eine **Beratungsfunktion** wahr und überwacht deren Durchführung, Art. 39 Abs. 1 Buchst. c DSGVO. Beim Konsultationsverfahren nach Art. 36 DSGVO dient der oder die Datenschutzbeauftragte für die Aufsichtsbehörde als Anlaufstelle für alle die Verarbeitung betreffenden Fragen und nimmt eine Beratung in allen sonstigen Fragen vor.

5. Nachweispflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter

Für den Verantwortlichen und den Auftragsverarbeiter sind die Einhaltung der aus den Art. 37-39 DSGVO erwachsenden Pflichten nach Art. 83 Abs. 4 Buchst. a DSGVO bußgeldbewehrt. Erfasst ist damit die ordnungsgemäße Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten nach den Vorgaben des Art. 37 DSGVO, wie etwa die Erfüllung der Anforderungen an die berufliche Qualifikation und das Fachwissen (Art. 37 Abs. 5 DSGVO) und die Veröffentlichung und Mitteilung der Kontaktdaten nach Art. 37 Abs. 7 DSGVO. Ferner darf die Stellung der oder des Datenschutzbeauftragten nicht beeinträchtigt werden, wie z. B. durch eine fehlende ordnungsgemäße und frühzeitige Einbindung (Art. 38 Abs. 1 DSGVO), die fehlende Unterstützung mit Ressourcen (Art. 38 Abs. 2 DSGVO),

die Erteilung von Weisungen (Art. 38 Abs. 3 DSGVO) und die Herbeiführung eines Interessenkonflikts (Art. 38 Abs. 6 DSGVO).

Verantwortliche und Auftragsverarbeiter haben nach der DSGVO **Nachweispflichten** zu erfüllen. Gemäß Art. 24 Abs. 1 bzw. Art. 28 Abs. 1 DSGVO setzen der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter **geeignete organisatorische Maßnahmen** um. In beiden Fällen zählen hierzu vor allem die ordnungsgemäße Benennung einer oder eines Datenschutzbeauftragten und die Erfüllung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Wahrung seiner Stellung. Gefordert wird zwar nicht mehr eine schriftliche Bestellung der oder des Datenschutzbeauftragten, allerdings ist die Einhaltung der Nachweispflichten zu dokumentieren. Hieraus muss z. B. ersichtlich sein, zu welchem Zeitpunkt die Benennung zweifelsfrei erfolgte, welche Ressourcen ihm zur Verfügung gestellt wurden, durch welche internen Prozesse die oder der Datenschutzbeauftragte ordnungsgemäß und frühzeitig einbezogen wird, welche Qualifikation und welches Fachwissen zur Entscheidung ihrer oder seiner Benennung führte, welche Zeitanteile ihr oder ihm für die Erledigung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden und ggf. wie die Vermeidung etwaiger Interessenkonflikte gewährleistet wird.

Kontakt

Das **Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD)** überwacht die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften bei öffentlichen (Behörden) und nichtöffentlichen Stellen (Unternehmen) in Schleswig-Holstein. Außerdem ist das ULD zuständig bei der Durchsetzung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger nach dem Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein.

Unabhängiges Landeszentrum für
Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD)
Holstenstraße 98
24103 Kiel
Telefon: +49 (0) 431 988-1200
Telefax: +49 (0) 431 988-1223
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de
<https://www.datenschutzzentrum.de/>

Broschüren zu weiteren Themen

- Datenschutz bei Vereinen
- Datenschutzbeauftragte
- Mustervereinbarung für einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung
- Informationspflichten
- Videoüberwachung
- Fotos und Webcams

können Sie von unserer Homepage herunterladen unter www.datenschutzzentrum.de/praxisreihe/